

Faktencheck der BL-Nidda zum Thema Straßenbeiträge in Nidda

Es wurden jüngst in einer Pressemitteilung der SPD allerlei Dinge behauptet, die einer eingehenden Betrachtung nicht stand halten. Die spannende Frage ist aber, was soll das Nachtreten der SPD-Fraktion? Fraktionsvorsitzender Bernd Schoeps: „Nachtreten kennt man vom Fußball, da wird es immer mit der roten Karte bestraft.“

Die Presse hat ausführlich berichtet, es ist eine demokratische Entscheidung gefallen, sogar mit dem Ergebnis, das sich die SPD-Fraktion erhofft hat. Wozu also dieser unnötige Wind? Na ja, es ist bald wieder Wahl.

Und was soll die unsägliche Behauptung, die BL würde diese neuen Mehrheitsverhältnisse aus SPD und CDU nicht akzeptieren? Mit demokratischen Entscheidungsprozessen hatten in der Vergangenheit andere Probleme, nicht aber die BürgerListe Nidda. Die Entscheidung ist selbstverständlich vollumfänglich akzeptiert, die BL-Nidda ist gespannt, was die Zukunft für unsere Stadt bringen wird.

Und es ist zu lesen, die Niddaer SPD habe mit der Durchsetzung der Abschaffung ein Wahlversprechen eingelöst. Im Wahlprogramm der SPD Nidda finden sich zwar sage und schreibe 65 Aktionspunkte, aber nicht einer zum Thema Straßenbeiträge. Nebenbei fällt auf, dass die im Wahlprogramm der SPD enthaltenen „Ziele“ zu noch nicht einmal 20 Prozent Thema im Parlament waren, Zeit für Anträge war seit 2016 gewiss genug. Fakt ist: die Abschaffung der Straßenbeiträge war kein Wahlversprechen der SPD Nidda zur Kommunalwahl 2016, nachzulesen auf der SPD-Homepage.

Die Niddaer SPD versteigt sich zu der Behauptung, mit dem Verschieben dieses Tagesordnungspunktes auf die Stadtverordnetenversammlung im Juni hätte man die Interessen der BL Nidda verfolgt. Welche Interessen das aber konkret sein sollen, darüber schweigt man. Fakt ist: es gibt absolut keinen erkennbaren Nutzen aus der Verschiebung, außer dass letztendlich alle 37 Stadtverordnete an der Sitzung teilnehmen konnten.

Dies hatte Stadtverordnetenvorsteherin Susanne Repp auch hinreichend dargelegt. Die Vorgehensweise war den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie geschuldet, mit dem HSGB und auch innerhalb der Fraktionen im Vorfeld abgestimmt. Wer daraus eine Missachtung der Geschäftsordnung oder gar ein Aussetzen der Demokratie strickt, sollte sich vielleicht einmal die Mühe machen, darüber nachzudenken und erkennen, in welcher vorbildlicher Weise der Magistrat, allen voran Bürgermeister Seum, und die Verwaltung der Stadt Nidda die akuten Probleme in Angriff genommen und gelöst haben.

Stadtverordneter Jo Zweiböhmer: „Auch eine Schwalbe kennt man vom Fußballplatz. Die SPD erfindet für Nidda offensichtlich gerade eine Art parlamentarische Schwalbe. Nur das hier die Schwalbe gemacht wird, nachdem ein Tor geschossen wurde.“

Die BürgerListe bedankt sich aber ausdrücklich dafür, dass man nun zumindest die Gelegenheit bekommt, den Hintergrund des völlig aus dem Zusammenhang gerissenen Zitates der Stadtverordnetenvorsteherin Susanne Repp zu klären, das aus einem redaktionellen Beitrag des Oberhessen-Boten stammt und vollständig lautet: „Ich finde es sehr befremdlich, wie man mit Andersdenkenden und ehrenamtlich Tätigen umgeht und mit falschen Informationen ganz bewusst die Bürger aufwiegelt. Auf dieses Niveau werde ich mich persönlich und auch die BürgerListe Nidda sich nicht begeben.“ Dies war eine Reaktion auf ein Flugblatt einer Bürgerinitiative, in dem unter anderem auch sie persönlich angegriffen wurde.

„Wenn wir aus der Pressemitteilung der SPD die heiße Luft raus lassen, bleibt nichts mehr übrig, außer der einen oder anderen persönlichen Beleidigung, Konjunktiven und Halbwahrheiten, und das ist wahrlich nicht das Niveau der BL Nidda“, so Fraktionsvorsitzender Bernd Schoeps abschließend. Und sich mit einem Titel zu schmücken, den man nicht mehr trägt, ist vielleicht der Hektik geschuldet, aber Herr Becker sollte endlich einsehen, dass er nicht mehr Erster Stadtrat von Nidda ist.